

Besorgniserregender Anstieg an Meldungen von Antimuslimischem Rassismus

Dokustelle Österreich warnt vor gesellschaftlicher Spaltung

Die Dokumentations- und Beratungsstelle Islamfeindlichkeit & antimuslimischer Rassismus weist ausdrücklich auf den steigenden Rassismus, die zunehmende Gefahr gesellschaftlicher Spaltung sowie die Instrumentalisierung von Schmerz hinsichtlich der aktuellen globalen und damit verbundenen lokalen Ereignisse hin.

Seit Oktober 2023 verzeichnet die Dokustelle Österreich mehr Fälle als in den Monaten Jänner bis September dieses Jahres insgesamt. Dieser signifikante Anstieg spiegelt besorgniserregende Tendenzen sowie Lebensrealitäten von Muslim*innen in Österreich wider.

Aus dem **öffentlichen Raum** erreichen die Dokustelle Österreich Meldungen zu Beschmierungen und Verunstaltungen von Wohnanlagen und muslimischen Einrichtungen, unter anderem mit dem Aufruf zur Ermordung von Muslim*innen. Weiters verzeichnet die Dokustelle Österreich Meldungen von verbalen wie nonverbalen Übergriffen. Besonders häufig ereignen sich Angriffe auf sichtbare Musliminnen, zum Beispiel indem sie aufgefordert werden, „dorthin zurückzukehren, wo sie hergekommen seien“.

Aus dem **Bildungsbereich** erreichen die Dokustelle Österreich Meldungen von Schüler*innen sowie Eltern – beispielsweise werden Kinder und Jugendliche seitens des Schulpersonals dazu aufgefordert, sich zu aktuellen politischen Ereignissen auf bestimmte Art und Weise zu positionieren.

Zusätzlich dokumentiert die Dokustelle Österreich steigende Tendenzen von **Repression** – unter anderem durch einschüchternde oder generalisierende Aussagen von Politiker*innen sowie durch vermehrte behördliche Kontrollen von muslimischen Einrichtungen und Vereinen. Zudem gehen bei der Dokustelle Österreich Fälle von Silencing von Personen des öffentlichen Lebens ein, die sich mit betroffenen Personen solidarisieren.

Aus der **österreichischen Medienberichterstattung** gehen Fälle hervor, in welchen Generalverdächtigungen gegenüber Muslim*innen normalisiert werden. Ein besonderer Anstieg ist im **Social Media Bereich** erkennbar, speziell durch Online-Kommentare, die Muslim*innen mit Gewaltbereitschaft und Terror gleichsetzen. Muslime werden dehumanisiert, Tiervergleichen ausgesetzt, die ihre Menschenwürde verletzen sowie als „mordbereit“ dargestellt. Der Islam und damit Muslim*innen werden als „von Natur aus unfähig zur Friedfertigkeit“ bezeichnet. Einerseits wird Muslim*innen pauschalisierend

rassistisch die alleinige Verantwortung für Antisemitismus in Österreich zugeschrieben. Andererseits gehen Online-Kommentare bei der Dokustelle Österreich ein, in welchen antimuslimisch rassistische sowie antisemitische Narrative in einem reproduziert und verbreitet werden.

Es sei hier festgehalten, dass Aussagen von Politiker*innen und mediale Berichterstattung direkt den Alltag der Betroffenen beeinflussen. Antimuslimisch rassistische Angriffe und das feindselige Klima üben eine starke Belastung auf muslimische Gemeinden und Personen sowie als muslimisch wahrgenommene Menschen aus.

Die Dokustelle Österreich ist für Betroffene da und bietet kontinuierlich – sowie speziell in herausfordernden Zeiten wie diesen – psychosoziale und rechtliche Beratung. Als einzige Beratungsstelle in Österreich, die jahrelange gesonderte Expertise in der Arbeit mit Antimuslimischen Rassismus mitbringt, steht das Beratungsteam Klient*innen sowie Partner*innen durch solidarische, übergreifende und gesamtgesellschaftliche Bewusstseinsbildung zur Seite.

Aktuell ist es besonders wichtig, dass Politiker*innen Verantwortung übernehmen. Um allen Menschen in Österreich Halt zu bieten, braucht es ein Absehen von der Reproduktion von Diskriminierung, eine Vorbildhaltung in Bezug auf den Abbau von Spaltung sowie eine gerechte Verteilung von Ressourcen. Es ist sicherzugehen, dass Communities nicht mit Angst, Sorgen und diskriminierenden Narrativen allein gelassen werden.

Zudem appelliert das Team der Dokustelle an zivilgesellschaftliche Akteur*innen – insbesondere im Bereich Antidiskriminierung, Menschenrechte, faire Bildung sowie Soziale Arbeit –, an Personen des öffentlichen Lebens sowie an alle Individuen dieser Gesellschaft jeder Form von Diskriminierung sowie gesellschaftlicher Spaltung entgegenzuwirken. Mit sozialem Zusammenhalt für eine Gesellschaft frei von systematischer Unterdrückung und Diskriminierung!